

Vorlage zu TOP 4 b) für das Plenum der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013“ am 6. Februar 2013

„Zukunft Bremerhaven“

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013“ haben sich für 2013 eine weitere Intensivierung ihrer Zusammenarbeit für den Standort Bremerhaven vorgenommen, da sich die Entwicklungen in beiden Städte unterschiedlich darstellen.

Die Analyse der Daten des Bremerhavener Ausbildungsmarktes zeigt dabei drei zentrale Probleme:

1. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist nicht ausreichend, um alle Bewerberinnen und Bewerber aufnehmen zu können.
2. Schülerinnen und Schüler aus Bremerhaven besuchen berufliche Schulen, obwohl sie nach ihren eigenen Aussagen einen Ausbildungsplatz vorgezogen hätten.
3. Ein sehr hoher Anteil der Jugendlichen ist zu Beginn einer beruflichen Ausbildung bereits über 20 Jahre alt; gleichzeitig sinkt die Zahl derjenigen Jugendlichen kaum, die einen Ausbildungsplatz suchen und deren Schulabschluss ein Jahr und länger zurückliegt.

Es braucht die Kooperation und Anstrengung aller Akteure, um zusätzliche Ausbildungsstellen zu schaffen, die geringe Zahl der nicht besetzten Stellen noch weiter zu reduzieren und den Bewerberüberhang der Bremerhavener Jugendlichen abzubauen.

Dafür sollen die vorhandenen Programme und Maßnahmen, die bisweilen noch nebeneinander laufen, in ein passgenaues Matching überführt werden. Im Einzelnen könnte dies bedeuten:

- Damit kein Ausbildungsplatz verloren geht, wird das Projekt „Bleib dran“ weiter dafür genutzt, die Zahl der Ausbildungsabbrecher/innen zu senken. Es wird angestrebt, dass die Kammern die Betriebe, bei denen Probleme entstanden sind, in besondere Weise betreuen, damit sie auch weiterhin Ausbildungsplätze bereitstellen.
- Bewährte, alternative Ausbildungsformen wie Ausbildungspool und Ausbildungsverbund sollen genutzt werden, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und/oder besondere Zielgruppen zu erreichen. Eine Bündelung der diesbezüglichen Aktivitäten ist erforderlich. Dabei muss sichergestellt werden,

dass die Ausbildungsvergütungen von den Betrieben erbracht werden. Zudem müssen sich die Akteure darüber verständigen, wie die Finanzierung z. B. für Pool und Verbände, für Ausbildungen auch über 2014 hinaus sichergestellt werden kann.

- Für benachteiligte Jugendliche sollen bedarfsgerecht außerbetriebliche Ausbildungsplätze, sowohl integrativ als auch kooperativ, eingerichtet werden. Agentur für Arbeit und Jobcenter werden ihre Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen.
- Die Schulen werden dabei unterstützt, den eingeschlagenen Weg der Kooperation für flächendeckende Kompetenzfeststellung und betriebliche Praxis konsequent weiter verfolgen zu können.
- Bis Mitte 2013 wird in Bremerhaven entschieden, ob eine gemeinsame einheitliche Anlaufstelle für Betriebe und Auszubildende geschaffen werden soll. Die konkrete Aufgabenstellung wäre unter allen Akteuren einvernehmlich abzustimmen, Doppelstrukturen sind zu vermeiden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass das persönliche Kennen der Jugendlichen und die besondere Kenntnis der Ausbildungsmöglichkeiten des einzelnen Betriebes geeignet sind, mehr Bremerhavener Jugendliche in eine Ausbildung zu bringen. Dafür könnte auch das bestehende Förderprogramm „Chance betriebliche Ausbildung“ genutzt werden.
- Es wird angestrebt, die schulischen Ausbildungen (z. B. Altenpflege, Krankenpflege, Sozialassistenten) bedarfsgerecht zu erhalten bzw. auszubauen.